

Linksblick

Die Zeitung der Linken für Teltow-Fläming

www.dielinke-tf.de

29. Jahrgang · 297. Ausgabe · Dezember 2025/Januar 2026



Der neue
Kreisvorstand
der Linken in
Teltow-Fläming

Die Linke Teltow-Fläming: Kontinuität und frischer Wind

Am 22. November traf sich Die Linke Teltow-Fläming zur Mitgliederversammlung. Im Kreishaus in Luckenwalde wurden turnusmäßig ein neuer Kreisvorstand, Mitglieder der Finanzrevisionskommission, des Landesauschusses und die Delegierten für die Landesparteitage 2026/2027 gewählt.

Vor Beginn wurde in einer Schweigeminute der Genoss*innen gedacht, die uns seit der letzten Mitgliederversammlung für immer verlassen haben. Ein ehrendes Andenken wird ihnen bewahrt. Felix Thier bilanzierte in seiner Rede die zurückliegende Wahlperiode des scheidenden Kreisvorstandes. Mit der Verabschiedung von Kirsten Gurske (parteilos) als Erster Beigeordneter in der Kreisverwaltung durch ihn und Landrätin Kornelia Wehlan (Die Linke) und dem Rechenschaftsbericht des Kreisvorstands wurde die Versammlung eröffnet. In den vergangenen beiden Jahren hat Die Linke etliche Wahlkämpfe bestritten. Neben schmerzhaften Niederlagen wie der Landtagswahl 2024 stand auch der Erfolg zur Bundestagswahl 2025. Auch die gewonnene Bürgermeisterwahl in Luckenwalde durch den

von uns mitunterstützten Kandidaten Jochen Neumann wird als voller Erfolg angesehen.

Es folgten ein Grußwort vom Geschäftsführer des Linken-Kreisverbands Dahme-Spreewald, Peter Schulz, und ein Bericht aus dem Landesvorstand durch Tobias Lübbert. Begrüßt wurden auch Neumitglieder, die an diesem Tag ihren Mitgliedsausweis feierlich überreicht bekamen.

Im Kreisvorstand gab es einige Änderungen. Während Felix Thier (Luckenwalde) als Kreisvorsitzender bestätigt wurde, zogen sich Gabriele Pluciniczak (Nuthe-Urstromtal) und Tobias Lübbert (Ludwigsfelde) aus jeweils privaten Gründen von ihren Positionen als Schatzmeisterin und Geschäftsführer in den erweiterten Kreisvorstand zurück. Neue Schatzmeisterin ist Nicole Liedtke aus Jüterbog und neuer Kreisgeschäftsführer Robert Kosin (Großbeeren), der als Wahlkreismitarbeiter bei der Bundestagsabgeordneten Isabelle Vandre arbeitet. Als stellvertretende Kreisvorsitzende wurden Petra Wolf-Valerius (Rangsdorf) und Max Zauber (Jüterbog) gewählt, nachdem hier Tom Siedenberg (Luckenwalde) nicht

erneut kandidierte. Wir danken Tom Siedenberg, Kim Ulmann, Simon Krüßmann, Angelika Linke und Franziska Lorenz für ihre geleistete Arbeit im Kreisvorstand. Im erweiterten Kreisvorstand finden sich viele neue Namen wieder. Den neuen Vorstand bilden nun: Felix Thier, Petra Wolf-Valerius, Max Zauber, Nicole Liedtke, Robert Kosin, Monika Nestler, Tobias Lübbert, Gabriele Pluciniczak, Valentin Kühler, Sandra Kosin, Elian Franz und Phieby Skadow. Wir wünschen viel Erfolg! Zudem diskutierten die Genoss*innen über Ziele, Neumitglieder und Kommunikation. Während letztere sich immer mehr aufs digitale verlagert, wurde gefordert, die Genoss*innen mit weniger Digitalkenntnissen nicht zu vergessen.

Die Ausrichtung des Kreisverbands soll dicht an den Menschen und den Basisorganisationen sein. Wichtig hierbei ist, dass wir unsere eigenen Kräfte bestmöglich mobilisiert bekommen. Wenn Die Linke nicht für soziale Gerechtigkeit eintritt, dann wird es niemand tun.

Tobias Lübbert, Mitglied des
Kreisvorstandes

Aktuelles

aus unseren Fraktionen

Beilage »Einblicke«

Thierisch gesehen



Foto: privat

Liebe Leser*innen, liebe Genoss*innen,

über einhundert neue Mitglieder haben wir in Teltow-Fläming seit Anfang des Jahres hinzugewonnen. Maßgeblich nach der erschütternden gemeinsamen Abstimmung der Union mit der AfD im Bundestag. Friedrich Merz wollte, damals noch Oppositionsführer, partout seinen Antrag durchbekommen und nahm Mehrheiten nur dank der AfD in Kauf. Heidi Reichinnek brachte es dazu auf den Punkt: »Auf die Barrikaden!« Das war Motivation für Viele, in Die Linke einzutreten. So auch bei uns in der Region. Bis zum Ende des Jahres werden wir in Brandenburg wohl die Marke von 6.000 Mitgliedern überschreiten. Gut so! Aber wo waren die Neumitglieder bei unserer Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes am 22. November in Luckenwalde? Wir haben einen neuen Vorstand gewählt, unsere Delegierten zum Parteitag bestimmt. Da wäre viel Raum zur innerparteilichen Mitgestaltung und vor allem auch Debatte gewesen. Das muss besser werden! Denn auch das ist Fazit der Linken aus den zurückliegenden Monaten: »Immer gemeinsam, niemals alleine!« Nehmen wir es als guten Vorsatz für 2026. Aber jetzt erst einmal frohe Festtage!

Felix Thier, Vorsitzender des
Kreisverbandes

Die Linke

Kreisverband
Teltow-Fläming

17. Gesamtmitgliederversammlung in Zeuthen

Am 15. November führte unser Kreisverband zusammen mit dem Kreisverband Dahme-Spreewald eine Mitgliederversammlung im Bürgerhaus Zeuthen durch, um unsere gemeinsamen Delegierten und Ersatzdelegierten für den Bundesparteitag zu wählen. Als Gäste durften wir unsere stellvertretende Landesvorsitzende Yasmin

Kirsten und Candy Boldt-Händel, Mitglied im Bundesvorstand der Linken, begrüßen.

Nach der Eröffnung und Konstituierung begann die Versammlung mit der Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten. Als Delegierte wurden Phieby Skadow (TF) und Claudia Mollenschott (LDS), sowie Felix Thier (TF) und Normen Stehfest (LDS) gewählt, als Ersatzdelegierte Sandra und Robert Kosin aus TF sowie Lisa-Maria Stünkel und Lara Sevenstern aus LDS. Während der Versammlung konnte ich von den ersten fünf Mona-



Tagungsort war das Bürgerhaus in Zeuthen.

ten meiner Wahlkreisarbeit für unsere Bundestagsabgeordnete Isabelle Vandre berichten und erste Eindrücke aus dem Team um Isabelle wiedergeben, die im Anschluss des Berichtes noch per Videobotschaft ein Grußwort an die Anwesenden richtete.

Candy Boldt-Händel gewährte einen klaren und offenen Einblick in die aktuelle Arbeit des Bundesvorstandes – von organisatorischen Herausforderungen bis hin zu den strategischen Schwerpunkten der kommenden Monate. Besonders betonte er

die Dringlichkeit, den ländlichen Raum wieder stärker in den Fokus der Parteiarbeit zu rücken.

Im Anschluss der Versammlung bot sich den Teilnehmenden noch die Gelegenheit zum Austausch zu Mitgliederarbeit, insbesondere der Neumitgliedereinbindung und Kommunalpolitik. Die Teilnehmenden diskutierten Strategien, Herausforderungen und Chancen für die lokalen Strukturen unserer Partei, um eine starke, bürgernahe Politik in den Kommunen voranzubringen. Und hoben dabei die Wichtigkeit der Zusammen-

arbeit über die Kreisgrenzen hinaus hervor. Der Verlauf der Versammlung zeigte erneut die enge Verzahnung der beiden Kreisverbände und das gemeinsame Engagement. Die Delegiertenbereitschaften stärkt die Verbindung zwischen lokaler Arbeit vor Ort und der bundesweiten Partei, um die Vorstellungen der Bürger*innen wirkungsvoll in politische Prozesse

einzubringen. Der Austausch am Ende unterstrich, wie wichtig Koordination und gemeinsames Engagement für die nächsten Schritte zur Stärkung unserer Strukturen sind.

Wir vereinbarten, den engen Austausch fortzusetzen und die nächste Planungsrunde frühzeitig zu beginnen, um die kommenden Monate erfolgreich zu gestalten und das Superwahljahr 2029 erfolgreich bestreiten zu können.

Robert Kosin, Mitglied des Kreisvorstandes

Freund und Helfer oder repressive Gewalt?

Heute widmen wir uns der Frage, ob die Polizei in Deutschland ein »Freund und Helfer« ist oder ein System dahintersteckt, welches Polizeigewalt fördert.

Die Polizei kann ein »Freund und Helfer« sein für Menschen in Not-situationen. Sie hilft Menschen, die ihr System nicht hinterfragen und in ihr Narrativ der Guten passen. Die Mehrheitsbevölkerung hat keinen Grund die Polizei kritisch zu hinterfragen.

Betroffen von Polizeigewalt sind People of colour, Menschen in psychischen Ausnahmesituationen, linksgerichtete Menschen, queere Menschen, arme Menschen sowie Menschen mit Behinderungen.

Erst kürzlich wurde ein zwölf-jähriges Mädchen von der Polizei schwer verletzt. Sie ist taub und die Polizei war offensichtlich nicht für diese Situation geschult.

Unterstützt wurde die Polizei nicht durch eine:n Gebärdendol-metscher:in. Angeblich sei das Mädchen mit einem Messer auf die Beamten losgegangen. Die Schilderungen der Mutter klingen anders. Sie betont, die Polizei hätte sie gewalt-sam zu Boden gedrückt. Ihre Tochter wollte ihr helfen. Seit dem Jahr 1990 hat die Polizei 376 Menschen erschossen. Allein im Jahr 2025 erschoss die Polizei 16 Menschen. Wäre die Polizei eine Bürgerwehr, wäre sie längst als Terrororganisation eingestuft worden.

Wusstest du, wie Statistiken zur Clankriminalität zu Stande kommen? In einer Tabelle werden dut-

zende Nachnamen von mutmaß-lichen Familienclans aufgeführt. Alle Menschen, die zufällig den gleichen Nachnamen tragen, werden bei jedem kleinen Vergehen automatisch in die Statistik der Clankriminalität gezählt. Regel-

mäßige Razzien in Geschäften von migrantisch gelesenen Personen sind kein Einzelfall. Selbst wenn die Polizei nichts finden kann, stürmen sie regelmäßig erneut die Privat- und Geschäftsräume.

Es braucht grundlegende strukturelle Veränderungen der Polizei. Es braucht eine Pflicht für Beamt*innen im Einsatz ihre Bodycams einzuschalten. Zudem braucht es unabhängige Ermittlungsbehörden

und Beschwerdestellen. Es kann nicht sein, dass Polizeidirektion A gegen Direktion B ermittelt und dabei Beweise unter den Teppich gekehrt werden. Die Polizei braucht regelmäßige Deeskalationstrainings. Diese sollten jedoch von Externen durchgeführt werden. Erst kürzlich habe ich einen Deeskalationsbeauftragten der Polizei gesehen, der während einer Veranstaltung indirekt zu-gegeben hat, ein Gewalttäter in Uniform zu sein.

Die Medien tragen ihren Teil dazu bei, indem sie Polizeiberichte unhinterfragt übernehmen. Medien müssen zu evidenzbasiertem Journalismus zurückkehren.

Tom Siedenber



Mit Worten fängt es an – **Sozialstaat verteidigen**

Gemeinsam mit DGB, Grünen, Bündnis Demokratisches Teltow-Fläming und anderen Partnern riefen wir zur Kundgebung am 14.11.2025 in Ludwigsfelde auf. Die Stadtbild-Aussage von Bundeskanzler Merz (CDU), Angriffe aus Teilen der Bundesregierung auf Pflegegrad 1, Arbeitslosenversicherung, Bürgergeld, Rentenalter, Gesundheitsversorgung und vieles mehr sind eines Sozialstaats und seiner Führung nicht würdig. In immer dreisterer Offenheit übernimmt vor allem die CDU den AfD-Sprech und deren Forderungen. Sie fordern mehr

Abschiebung, obwohl die Zahlen von Asylbewerber*innen längst unter den Werten von 2015, teilweise bereits auf das Niveau von 2014 zurückgegangen sind. Auch unsere Landesregierung aus SPD und BSW, mit Innenminister Wilke (SPD), ignoriert aktuelle Gesetzgebung zu Abschiebungen und den Grenzkontrollen. Ein Rechtsverständnis, dass gefährlich nah an der AfD ist. Mit dem Fokus auf die Asylthematik und Abschiebungen wird taktisch und laut verschleiert, dass die Probleme der eigenen Bevölkerung NICHT durch Asylbewerber, sondern durch Turbokapitalisten ausgelöst wurden und die soziale Dauerschraube immer fester gedreht wird. Lebensmittelgiganten fahren Rekordgewinne ein, während der Wocheneinkauf exorbitant verteuert wird. Mieten werden immer weiter erhöht und bezahlbare Neubauten sind seit Jahren Mangelware, da offensichtlich nicht gewollt. Energiepreise sind weit nach Kriegsbeginn in der UK-



Foto: T. Lübbert

Demo in Ludwigsfelde

raine weiterhin auf enorm hohem Niveau, obwohl die Preise am Weltmarkt längst auf 2021er Niveau gefallen sind. All diese Beispiele haben eines gemeinsam: Das Leben der Menschen wird verteuert, während sich einige wenige Superreiche die Geldspeicher füllen. Nicht weil es teurer werden muss, sondern weil es teurer werden soll. Die CDU/CSU-SPD-Bundesregierung schaut, genau wie die Ampel zuvor, zu und hält die Hand über die Ausbeuterkonzerne, die als sogenannte Lobbyisten zu den großen Geldgebern der Regierungsparteien zählen. Statt sich also für ein bezahlbares Leben einzusetzen, erhalten Großkapitalisten Steuergeschenke, während der

bedürftige Teil der Bevölkerung gegeneinander ausgespielt wird. Für soziale Belange ist in den Haushalten von Bund und Land immer weniger Geld vorhanden, aber die Kriegsmaschinerie wird mit einer Billion Euro geschmiert. Das hat nichts mehr mit einem Sozialstaat zu tun.

Wir fordern eine klare Abgrenzung der Regierung von der AfD, Fokus auf die sozialen Belange der Bevölkerung und eine faire Besteuerung durch Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Tobias Lübbert,
Ludwigsfelde

**Gedanken zu einer Veranstaltung**

So, jetzt ist es soweit ... Ich muss meine Gedanken rauslassen und einer breiteren Öffentlichkeit mitteilen. Unter dem Motto »Mit Worten fängt es an – Sozialstaat verteidigen« hatte Die Linke die Initiative ergriffen und zu einer Kundgebung aufgerufen. Unterstützt wurden wir dabei vom DGB TF, Bündnis 90/Die Grünen, Jusos Brandenburg und Bündnis demokratisches TF e. V. Ja, der Aufruf kam relativ kurzfristig zur Kundgebung am 14. November 2025 um 17:00 Uhr in Ludwigsfelde. Wie ist es gelaufen? Bereits 16:45 Uhr war ich auf dem Rathausplatz in Ludwigsfelde und kaum ein anderer Genosse oder eine Genossin waren da ...! Ich war geschockt! Interessiert es wirklich Niemanden, dass auf den Rücken der Schwächsten Politik gemacht wird? Dann endlich trudelten vereinzelt Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein, zum Glück für uns. Denn leider waren wir, ich meine uns als Genossen und Genossinnen, nur in kleiner Gruppe anwesend. Und nun frage ich euch, wollen wir nicht wieder die Stimme der Schwachen und der Unzufriedenen werden? Wie soll das gelingen, etwa mit solchen Absichtserklärungen »man müsste, man könnte«...? Wer ist denn »MAN«? Wir alle sind MAN! Und hier meine Teilnehmerzahl unsererseits ... Ich traue es mich kaum zu sagen ... Wir waren 23! Wir waren viel zu wenig. Wir wollen doch wahrgenommen werden. Das geht am Besten mit Öffentlichkeit! Die modernen Medien reichen nicht aus, um unsere Positionen den Menschen nahezubringen. Insgesamt waren es dann etwa 50 Teilnehmende, die mehrere gute Ansprachen und Reden zu diesem Thema gehört haben, begleitet von Applaus und/oder Pfiffen. Die Reden waren bestimmt von Analysen der jetzigen Situation, mit der Forderung der gerechteren Verteilung an alle. Es ist doch toll, wenn Genossinnen und Genossen solche Ideen entwickeln – und dann geht kaum einer hin. Um einen jungen Genossen zu zitieren, was er in einem anderen Zusammenhang gesagt hat: »Interesse ist knapp nicht vorhanden«. Ist das wirklich so? Meine Schlussgedanken sind folgende: Jeder hat die Wahl, sich Gedanken zu machen, wie wir uns wieder erfolgreich für alle Menschen in die Politik einmischen können und welchen Anteil er dazu beitragen will.

Rosegret Semt, Großbeeren



Rubrik:
Jung trifft Alt

Foto: privat

Begegnung mit Dr. Irene Pacholik

Manchmal trifft man Menschen, deren Lebensweg nicht nur beeindruckt, sondern Mut macht. Bei meinem Gespräch mit unserer Genossin Irene wurde genau das spürbar. 1952 im sachsen-anhaltischen Dobritz geboren, wuchs Irene mit einem starken Verantwortungsgefühl auf – und diesem folgte sie ihr ganzes Leben. Schon

1967 trat sie ins Deutsche Rote Kreuz (DRK) ein, 1971 – während ihrer Lehre zur Datenverarbeitung in Magdeburg – in die Partei. Im selben Jahr wurde sie Mitglied des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend, kurz FDJ. Besonders prägend war ihre Rede beim 9. Parlament der FDJ im Mai 1971. Ihr Satz »Unsere FDJ-Arbeit

ist so gut und so richtig, wie wir sie als FDJler selbst gestalten« wurde zwar zuvor zensiert – Irene trug ihn dennoch vor. Sich vorschreiben zu lassen, was sie denken oder sagen sollte? Für sie ausgeschlossen.

Während ihres Studiums von 1972 bis 1976 an der Hochschule für Ökonomie Karlshorst heiratete sie 1974 und wurde Mutter. Ab 1976 arbeitete sie im Institut für Gemüseproduktion Großbeeren, erst in der ökonomischen Forschungsabteilung und nach ihrer Promotion 1986 schließlich als Abteilungsleiterin in der Ökonomie Verwaltung, wo sie über 400 Beschäftigte in Fragen der Personal- und Forschungsplanung verantwortete. Parallel engagierte sie sich als ehrenamtliche FDJ-Sekretärin. Die Wende bedeutete Bruch und Neuanfang. Nach Entlassung und ABM-Maßnahme fand sie ihren Weg zurück – und ging politisch voran. Während ihr Mann 1990 eine Kandidatur für die PDS ablehnte, trat Irene an. Über drei Jahrzehnte prägte sie als Mitglied der Gemeindevertretung und im Kreistag die

Politik in Großbeeren und Teltow-Fläming. Auch im DRK formte sie Strukturen: Sie war Mitgründerin des Ortsverbandes Großbeeren und unterstützte bis heute unermüdlich die Blutspende in Großbeeren. 2002 kandidierte sie sogar für das Bürgermeisteramt. 2012 ging sie nach verschiedenen Berufsstationen in Rente – die Aktivität aber blieb. Auf die Frage, warum sie der Partei treu bleibt, sagt sie klar: »Meine Werte haben sich nicht verändert. Die Linke ist die einzige Partei, die für die Schwachen und Armen eintritt.« Ein Satz, der hängen bleibt – und der zeigt, wie sehr politische Haltung und persönlicher Kompass zusammengehören. Das Treffen mit Irene war ein Blick zurück in gelebte Geschichte – und ein Blick nach vorn. Denn Menschen wie sie erinnern uns daran, warum wir kämpfen: für Gerechtigkeit, Solidarität und ein Leben in Würde für alle. Ich kann stolz sagen, dass ich den von Irene geebneten Weg weitergehe.

Robert Kosin,
Großbeeren

Erinnern heißt handeln

Rosa Luxemburg gehört zu den mutigsten und klarsichtigsten Stimmen der internationalen Arbeiter*innenbewegung. Ihr Einsatz für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit wirkt bis heute nach. Ihr Denken zwingt uns, die Welt nicht hinzunehmen, wie sie ist, sondern sie zu verändern. Gerade in Zeiten wachsender sozialer Spaltung, rechter Angriffe und globaler Krisen bleibt Luxemburgs Vermächtnis ein Auftrag an die Gegenwart. Geboren 1871 in Zamość, aufgewachsen in Warschau und politisch beheimatet in der internationalen Arbeiter*innenbewegung, kämpfte sie kompromisslos gegen Militarismus und Krieg, ebenso wie gegen die Auswüchse des Kapitalismus. Gemeinsam mit Karl Liebknecht wurde Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 in Berlin von Freikorps-Soldaten verschleppt und

ermordet. Während Liebknechts Leichnam noch in derselben Nacht aufgefunden wurde, blieb Rosa Luxemburg verschwunden – bis zum 1. Juni, als ihr Körper im Berliner Landwehrkanal entdeckt wurde. Von dort kam er in einen Kellerraum des Lazarets nach Wünsdorf, bevor Rosa Luxemburg am 13. Juni 1919 schließlich in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde beigesetzt wurde – einem Ort, der bis heute Mahnung und Versprechen zugleich ist, das zentrale Symbol des antifaschistischen und sozialistischen Gedenkens. Jedes Jahr am zweiten Sonntag im Januar versammeln sich dort Tausende, um ihrer zu gedenken. Doch das traditionelle Gedenken steht 2026 unter Druck: Das Bezirksamt Lichtenberg versucht, das Gedenken mit Verweis auf eine Baustelle auf dem Vorplatz der Anlage zu

untersagen. Ein Vorwand, um ein jahrzehntelanges Gedenken zu erschweren – und der Fragen aufwirft zur Haltung gegenüber linker Erinnerungskultur. Gerade in Zeiten des Rechtsrucks ist es wichtig, dem Versuch der Einschränkung von Gedenken und politischer Tradition solidarisch entgegenzutreten. Das Gedenken in Berlin muss stattfinden. Auch in Teltow-Fläming wollen wir an Rosa Luxemburg erinnern – nicht nur als

Opfer politischer Gewalt, sondern als Quelle politischer Inspiration. Ihre Forderung nach Solidarität und ihr unerschütterlicher Humanismus bleiben Leitlinien linker Politik.

Robert Kosin, *Geschäftsführer des Kreisverbandes*



Der Kreisverband Die Linke Teltow-Fläming lädt deshalb herzlich zur **Gedenkveranstaltung** ein: **Gedenken an Rosa Luxemburg** **Samstag, 17.01. 2026, 10:00 Uhr**

Treffpunkt: Parkplatz Am Bürgerhaus, Wünsdorf, von dort gehen wir gemeinsam zum Ort der Gedenktafel. **Dass ihr Traum einer gerechten, friedlichen Gesellschaft weiterlebt.**

Internationaler Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen: **Stoppt Femizide!**



Beleuchtetes Fenster und aufgehängte rote Schuhe – mahndes Symbol gegen Femizide

Am 25. November 2025 war Orange Day – der internationale Aktionstag zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Alle drei Minuten wird eine Frau Opfer häuslicher Gewalt – und diese hat viele hässliche Gesichter in Form von psychischer, körperlicher, sexualisierter oder finanzieller Gewalt. Die extremste

Form in diesem Zusammenhang ist der Femizid – also die Tötung einer Frau aufgrund ihres Geschlechts. Jeden zweiten Tag wird in Deutschland eine Frau durch ihren (Ex-)Partner getötet. Ein Femizid geschieht aus Machtansprüchen, Besitzdenken und Sexismus. Es handelt sich also nicht um Einzelschicksale oder Familientragödien, wie so oft in den Medien beschrieben. Daher ist es unsere Aufgabe als Gesellschaft, die Grausamkeit der Realität anzuerkennen und sie so zu benennen, wie sie ist. Wir müssen alle hinschauen und dürfen nicht schweigen! Der Aktionstag lenkt den Fokus auf dieses allgegenwärtige und doch oft totgeschwiegene Thema. Zwei Drittel der Opfer häuslicher Gewalt in Brandenburg sind Frauen – und die Polizei geht von einer hohen Dunkelziffer aus. Partnerschaftliche und sexualisierte Gewalt gegen Frauen ist noch immer All-

tag und sie nimmt sogar zu. Als Gesellschaft müssen wir alles tun, um die Täter zu ächten und Opfer zu schützen! Deswegen ist das aktuelle Agieren der SPD-BSW-Landesregierung in höchstem Maße verantwortungslos. Die fehlende Förderzusage für den Frauenpolitischen Rat gefährdet zentrale Strukturen frauen- und gleichstellungspolitischer Arbeit. Noch immer gibt es keine einheitlichen Mindeststandards und keine verlässliche Finanzierung für Frauenhäuser, Beratungs- und Schutzangebote. Unsicherheit, Überlastung und letztlich fehlende Hilfe im Ernstfall sind die Folge. Wir als Linke fordern Ministerin Müller deshalb auf, unmittelbar Klarheit und Planungssicherheit zu schaffen mit einer verbindlichen Förderzusage für die Arbeit des Frauenpolitischen Rates und der Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention! Wir als Linke unterstützen

alle regionalen Aktionen, die auf Gewalt gegen Frauen aufmerksam machen wollen. Wir unterstützen Fraueninitiativen und -vereine und bieten Hilfe an. Wir unterstützen die UN-Kampagne »Orange the World« und haben in der Zeit vom 25. November bis zum 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, ein sichtbares Zeichen gesetzt: Wir beleuchteten zu diesem Zweck das Schaufenster unseres Linkstreffe in Luckenwalde orange und hängten rote Schuhe aus, um auf das gesellschaftliche Problem patriarchaler und misogynen Gewalt aufmerksam zu machen und so betroffenen Frauen und Mädchen eine Stimme zu geben. Die Farbe Orange steht hierbei für eine gewaltfreie Zukunft, während die roten Schuhe ein Symbol für die vielen Opfer von Gewalt und Femiziden darstellen.

Marie-Luise Goedicke,
Luckenwalde

Pogromgedenken: Unsere Geschichte, die zum mahndenden Erinnern verpflichtet

Zwischen dem 7. und 13. November 1938 wurden im gesamten damaligen Reichsgebiet mehrere hundert Jüdinnen und Juden ermordet. Schätzungen beziffern die Gesamtzahl der jüdischen Opfer der Pogrome auf 1.000 bis 2.000. Um die 1.400 Synagogen, Betstuben und sonstige Versammlungsräume jüdischer Menschen sowie tausende Geschäfte, Wohnungen und jüdische Friedhöfe wurden gestürmt und zerstört. Zwischen dem 10. Und

13. November folgten Deportationen jüdischer Menschen in Konzentrationslager. Mindestens 30.000 Menschen wurden dabei inhaftiert, Hunderte starben an den Folgen der mörderischen Haftbedingungen oder wurden hingerichtet. Die Pogrome von 1938 markieren den Übergang von der Diskriminierung der deutschen Jüdinnen und Juden ab 1933 hin zu ihrer systematischen Verfolgung, Vertreibung und Ermordung. Die im Straßenpflaster zahlreicher Städte und

Gemeinden in ganz Deutschland verlegten Stolpersteine erinnern an die Schicksale dieser Menschen. Unserer Mitbürger*innen, Nachbarinnen und Nachbarn. Alljähr-

lich am 9. November findet daher Gedenken und mahndende Erinnerung statt. So auch bei uns im Landkreis. Am 9. November haben wir in Jüterbog ein deutliches Zeichen des Erinnerns gesetzt. Um 14:00 Uhr trafen wir uns, um anlässlich des Pogromgedenktes die sechs Stolpersteine der Stadt zu reinigen – zwei in den Weinbergen (Familie Korn) und vier in der Mönchenstraße (Familie Joel). Sorgfältig polierten wir die Messingplatten, damit die Namen der einst hier lebenden Menschen wieder klar sichtbar werden. Mit weißen Rosen gedachten wir ihrer Schicksale und machten zugleich bewusst, dass hinter jedem Stein ein individuelles, ausgelöschtes Leben steht. Die gemeinsame Aktion brachte nicht nur die Steine zum Glänzen, sondern auch die Bedeutung dieses Tages ins

Bewusstsein zurück: Erinnerung bleibt nur lebendig, wenn wir sie aktiv bewahren. Nach dem Gedenken kamen wir im Roten Treff zusammen, um den Sonntagnachmittag bei Kaffee und Gesprächen ausklingen zu lassen. Das Zusammensein bot Raum für Austausch über Geschichte, Verantwortung und das Miteinander in unserer Stadt. Unsere kleine Runde zeigte, dass Engagement im Alltag beginnt – im achtsamen Blick auf die Spuren der Vergangenheit und im entschlossenen Auftreten für eine offene, menschenwürdige Gesellschaft. In einigen Orten werden die verlegten Stolpersteine geputzt, woanders werden Blumen niedergelegt und Kerzen entzündet, an anderen Orten werden neue Steine verlegt. So oder so wird an die Ereignisse von vor 87 Jahren erinnert. Und gemahnt, um es nie wieder geschehen zu lassen.

Nicole Liedtke und Felix Thier



Erinnern in Jüterbog und Luckenwalde

Dabei sein

Termine und AKTIONEN

(Unter Vorbehalt)

**Linkstreff Ludwigsfelde,
Maxim-Gorki-Str. 10**

**[solid] – Plenum der
Linksjugend**

jeden Sonntag, jeweils 14:00 Uhr

Linke Stunde

Do., 08.01. und 05.02.,
jeweils 18:00 Uhr

Linker Seniorentreff

Di., 13.01. und 10.02.,
jeweils 10:00 Uhr

Rote Socken und mehr ...

Sa., 24.01. und 21.02.,
jeweils 10:00 Uhr

Linkes Frühstück

Sa., 31.01. und 28.02.,
jeweils 10:00 Uhr

**Linkstreff Luckenwalde,
R.-Breitscheid-Str. 19**

**Beratung Redaktion
Linksblick**

Vorausstl. Mi., 14.01., 17:30 Uhr

Beratung Kreisvorstand

Vorausstl. Mi., 14.01., 19:00 Uhr

**Roter Treff Jüterbog,
Große Straße 62**

Seniorenweihnachtsfeier

Di., 16.12., 14:30 Uhr

Seniorenachmittag

jeden 3. Dienstag im Monat,
jeweils 14:30 Uhr

**Neujahrbrunch
im Roten Treff**

So., 18.01., 10:00 Uhr

Kreisverband / überregional

LAG Seniorenpolitik

Fr., 09.01., 10:00 Uhr

**Gedenken an Rosa Luxemburg
und Karl Liebknecht**

So., 11.01., 09:00 Uhr,
Gedenkstätte der Sozialisten,
Berlin-Friedrichsfelde

**Gedenken an
Rosa Luxemburg in Zossen**

Sa., 17.01., 10:00 Uhr, Am Bürger-
haus, Wünsdorf (Zossen)

**Ehrungen zum
Holocaust-Gedenktag**

Di., 27.01.:

- Friedhof Ludwigsfelde,
Thyrower Weg 1
- Stalag-Friedhof Luckenwalde,
Ehrenhain am Stadtpark
- Opfer des Faschismus-
Denkmal, Jüterbog

Ein konstruktiver Aufbruch

Mein Bericht von meinem 2. Landesparteitag als nachrückende Delegierte



Foto: F. Thier



Foto: F. Thier

Sprachen in der
Generaldebatte:
Tobias Lübbert und
Robert Kosin

Die 3. Tagung des 9. Landesparteitages am 29. November stand im Zeichen eines politischen Aufbruchs. Weitestgehend harmonisch im Umgang und entschlossen in den Beschlüssen, setzten die Delegierten deutliche Signale.

Für unseren Kreisverband nahmen Angelika Linke, Petra Wolf-Valerius, Sandra und Robert Kosin, Tobias Lübbert und Felix Thier teil; ergänzt durch Monika Nestler und Peter Hacke für die LAG Senioren. Landesvorsitzende Katharina Slanina eröffnete den Parteitag mit der klaren Botschaft: »Die Zukunft ist links.« Die Linke ist nötig, um soziale Spaltung zu überwinden, den Klimawandel ernst zu nehmen und demokratische Strukturen zu schützen. Wohnraum muss menschlich statt profitorientiert gestaltet werden, Klimaschutz darf nicht Renditen untergeordnet werden, Solidarität muss wieder Leitprinzip werden.

Einen Schwerpunkt bildete der entschlossene Widerstand gegen die sozialen Kürzungen von Bund und Land. Der Parteitag stellte geschlossen fest, dass die Streichungen im sozialen Bereich besonders jene treffen, die ohnehin strukturell benachteiligt sind. Solche Kürzungen gefährden zentrale Säulen eines demokratischen Gemeinwesens. Die Linke machte deutlich: Sozialabbau ist kein Weg in die Zukunft.

Ein weiterer wichtiger Punkt war der Start unserer bundesweiten

Mietenkampagne. Angesichts rasant steigender Angebotsmieten – in Potsdam etwa um 31 Prozent – und eines massiven Rückgangs an Sozialwohnungen will unsere Partei Strukturen vernetzen, Aktionen planen und politischen Druck für bezahlbaren Wohnraum aufbauen. Wohnen ist ein Grundrecht, keine Ware – darin herrschte breite Einigkeit. Auch der Kreisverband Teltow-Fläming setzte eigene Akzente: Robert Kosin nutzte die Generaldebatte, um auf die Reaktivierung der LAG SozialGesund am 13. Dezember im Lothar-Bisky-Haus hinzuweisen – ein bedeutender Schritt, um gesundheitspolitische Themen stärker voranzubringen. Tobias Lübbert erinnerte daran, den ländlichen Raum, bei aller Euphorie um die Mietenkampagne, nicht aus den Augen zu verlieren: Gute Versorgung, Mobilität und soziale Infrastruktur müssten überall gelten.

Außerdem wurde mit der einstimmig angenommenen Umbenennung des Frauen-Plenums in FLINTA*-Plenum ein starkes Zeichen gesetzt.

Der Parteitag machte Mut: Mit klaren, gemeinsamen Positionen und Geschlossenheit geht Die Linke in Brandenburg gestärkt in die nächsten Monate – für ein solidarisches und gerechtes Leben.

Sandra Kosin

Wie weiter mit der Rente?

Während des seniorenpolitischen Forums am Rande des Landesparteitages der Brandenburger Linken räumte die seniorenpolitische Sprecherin unserer Bundestagsfraktion, Sarah Vollath, mit der Mär auf, dass die Rentenfrage einen Konflikt von Jung und Alt verschärfe. Es gehe vielmehr um das allgegenwärtige Verhältnis von arm und reich.

Die Linke kämpft für eine Festlegung des Rentenniveaus auf 53 Prozent, eine Mindestrente von 1.400 Euro und die Verdoppelung der Beitragsbemessungsgrenze, damit auch Bundestagsabgeordnete und Besserverdienende in den Rententopf einzahlen müssen.

Davon ist das derzeit diskutierte Rentenpaket weit entfernt, so Vollath. Die LAG Seniorenpolitik der Linken wird in der nächsten Zeit darüber beraten, wie und mit welchen Methoden sie im kommenden Jahr Senior*innen betreffende Themen wie u. a. Frieden, Rente, Lebenshaltungskosten, Wohnen, Teilhabe und Mobilität intensiver und lauter bearbeiten kann.

Gerlinde Krahnert



Vorgestellt: **Phieby Skadow**

Jahrgang 2008

Derzeitige Tätigkeit:

Abiturientin in Blankenfelde, Minijobberin, Ehrenamtliche in der Linken, Sprecherin der LAG Linke Frauen Brandenburg, bei UNICEF und Future Politics e.V.

Was bedeutet für dich links?

Für alle eine bessere Welt zu wollen. Gemeinsam für jeden weiteren über Grenzen hinweg einzustehen und die weltweiten Lebensumstände zu verbessern.

Warum bist du in unserer Partei?

Die Linke ist und bleibt die einzige tatsächliche soziale Stimme in aktuellen Debatten und ich fest daran glaube, gemeinsam schaffen wir mehr als allein für wahre Gerechtigkeit.

Was regt dich auf?

Dass Rassismus, Sexismus, Misogynie, soziale Ungleichheit und Diskriminierung im Ganzen zunehmend toleriert werden. Menschen, die keine Stimme haben oder denen ihre weggenommen wird, werden in unserer Gesellschaft als Sündenböcke dargestellt und mehrheitlich akzeptiert. Ungerechtigkeiten steigen, ohne dass dies substantiell hinterfragt wird.

Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?

Wie wenig Menschen sich immer noch mit realer Politik beschäftigen und stattdessen Hetzparolen übernehmen. Die

Mehrheitspolitik greift ständig diejenigen an, die wirklich Hilfe brauchen, und die Gesellschaft trägt das mit, anstatt sich ordentlich aufzuraffen und dagegen vorzugehen – wie es sich gehören sollte.

Vaterland, Mutterland, Deutschland – wie gern lebst du hier?

Ich halte nicht viel von den Termini »Vaterland« oder »Mutterland« oder ähnliches. Ich denke vielmehr sollten wir uns als eine große Gemeinschaft sehen, unabhängig von irgendwelchen Grenzen, die füreinander einstehen sollte. Ich habe Hoffnung, dass wir das als Gesellschaft hinbekommen, wenn wir uns realen Herausforderungen unserer Zeit, aber auch Herausforderungen aus unserer Gemeinschaft stellen. Dennoch sehe ich mein Glück ein hier leben zu dürfen und jeden Tag aufs Neue die Erfahrungen sammeln zu dürfen, die mich zu dem privilegierten Menschen machen, der ich bin.

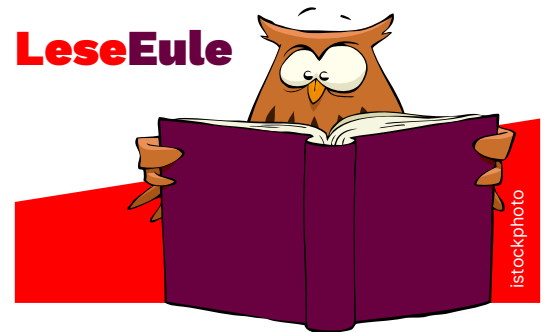
Welche Eigenschaften schätzt du besonders an Menschen?

Einen starken Gerechtigkeitsinn, Ehrlichkeit, Solidarität, Toleranz, Zuverlässigkeit, Offenheit, Reflexion und Humor.

Wie sollte Blankenfelde-Mahlow in 10 Jahren aussehen oder was wünschst du dir für Blankenfelde-Mahlow?

Ich würde es sehr begrüßen, wenn Blankenfelde-Mahlow in 10 Jahren eine wirklich kompetente Gemeindevertretung hätte. Darüber hinaus sollten sich Eltern und gesetzliche Vertreter*innen keine Sorgen mehr machen müssen, ob ihre Kinder einen Kita- beziehungsweise einen Hortplatz bekommen. Den Schulen soll es besser gehen, sodass sich die Bildung auch endlich in Blankenfelde-Mahlow verbessert und es den Schüler*innen, aber auch den Lehrer*innen besser geht.

Die Fragen stellte Felix Thier.



Tara-Louise Wittwer

Nemesis' Töchter 3000 Jahre zwischen Female Rage und Zusammenhalt

Mit »Nemesis' Töchter – 3000 Jahre zwischen Female Rage und Zusammenhalt« legt Tara-Louise Wittwer ein ebenso kluges wie eindringliches Sachbuch vor, das sich mit der Geschichte weiblicher Wut und weiblicher Solidarität auseinandersetzt. Ausgehend von der antiken Göttin Nemesis, die für Vergeltung und Gerechtigkeit steht, zeichnet Wittwer nach, wie Frauen über Jahrhunderte hinweg zum Schweigen gebracht, dämonisiert oder lächerlich gemacht wurden, sobald sie ihre Stimme erhoben. Doch sie bleibt nicht in der Vergangenheit stehen: Das Buch zeigt, wie sich weiblicher Widerstand – ob laut oder leise – durch die gesamte europäische Kulturgeschichte zieht. Wittwer verbindet historische Beispiele mit modernen feministischen Diskursen und macht deutlich, dass »Female Rage« mehr ist als ein Trendbegriff. Sie beschreibt Wut als berechtigte, oft überlebenswichtige Reaktion auf systematische Unterdrückung. Dabei gelingt es ihr, Machtstrukturen sichtbar zu machen, ohne je belehrend zu wirken. Stattdessen lädt sie dazu ein, bekannte Narrative zu hinterfragen und die Perspektiven jener Frauen kennenzulernen, die in traditionellen Geschichtsbüchern kaum vorkommen. Gleichzeitig rückt sie den Wert von Zusammenhalt in den Fokus: Rivalität wurde Frauen über Jahrhunderte zugeschrieben, doch Wittwer zeigt, dass gerade Solidarität ihre größte Stärke ist. Ob in historischen Quellen, in politischen Bewegungen oder im digitalen Alltag – immer wieder entsteht Kraft dort, wo Frauen einander Raum geben und ihre Wut in gemeinsames Handeln verwandeln. »Nemesis' Töchter« ist ein zugängliches, nachdenkliches und oft emotionales Buch, das Leser*innen dazu anregt, gesellschaftliche Muster klarer zu erkennen. Es ist ein Appell, weibliche Stimmen ernst zu nehmen, Wut nicht zu pathologisieren und Zusammenhalt als politisches Werkzeug zu begreifen.

Nicole Liedtke, Jüterbog



Jüngst hat der **AfD-Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré** in Luckenwalde ein Wahlkreisbüro eröffnet. Mehr zu der Person findet sich hier:



<https://kurzlinks.de/vwpp>

Als Vertreter einer »gesichert extremistischen Bestrebung« blieb diese Büroeröffnung nicht ohne Widerspruch, eine Gegendemo positionierte sich sichtbar und lautstark in Hörweite zum Büro.

Natürlich waren auch Mitglieder und Sympathisierende der Linken vor Ort!

Tara-Louise Wittwer
Nemesis' Töchter
Droemer Knauer
ISBN 978-3-426-56246-8
2025 erschienen
240 Seiten, 18 Euro



Vor Ort und im Netz

Die Linke in Teltow-Fläming:

Geschäftsstellen und Bürgerbüros

14943 Luckenwalde

R.-Breitscheid-Straße 19
Mittwoch 14:00–18:00 Uhr
Telefon: 03371 632267
E-Mail: info@dielinke-tf.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog

Große Straße 62
Dienstag 10:00–12:00 Uhr
Telefon: 03372 432691
E-Mail: tf.sued@dielinke-tf.de
dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde

Maxim-Gorki-Straße 10
Dienstag 10:00–13:00 Uhr
Donnerstag 16:00–19:00 Uhr
Telefon: 03378 510653
E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-tf.de
dielinke-ludwigsfelde.de

facebook.com/dielinke.tf
instagram.com/dielinke.tf
tiktok.com/@dielinke_tf

Auch interessant:

dielinke-rangsdorf.de
dielinke-zossen.de
dielinke-blankenfelde-mahlow.de

Spendenkonto

Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam (MBS)
IBAN: DE80 1605 0000 3633 0274 15

Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Papier sparen?

Bestellen Sie den Linksblick online und erhalten Sie ihn zukünftig per E-Mail: kurzelinks.de/vvon



Impressum

Herausgeber: Kreisverband Teltow-Fläming der Partei Die Linke

V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-tf.de

Redaktion: Felix Thier
redaktion@dielinke-tf.de

Redaktionsschluss: 30. November 2025

Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circle Offset white Recyclingpapier, 100 % Recyclingfasern

Auflage 1.400, Dezember 2025

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.

Bericht des Regionalvorstandes Teltow-Fläming Süd

Auf unserer Mitgliederversammlung am 05. Juli 2025 wurde ein neuer Regionalvorstand gewählt. Für die kommenden zwei Jahre arbeiten Nicole Liedtke, Saskia Geppert, Max Zauber und Benjamin Petzhold gemeinsam im Vorstand. Bei der Konstituierung haben wir uns bewusst gegen eine klassische Vorsitzendenstruktur entschieden und stattdessen einen Sprecher*innenrat gebildet. Dadurch liegt die Verantwortung auf allen Schultern, und Diskussionen finden auf Augenhöhe statt. In den vergangenen Monaten haben wir uns zügig arbeitsfähig aufgestellt. Eine Geschäftsordnung wurde beschlossen, interne Abläufe strukturiert und regelmäßige, parteiöffentliche Sitzungen durchgeführt. Ein Schwerpunkt lag auf der Öffentlichkeitsarbeit. Wir haben die Betreuung der So-

cial-Media-Kanäle neu sortiert, Facebook und Instagram administrativ übernommen und die überfällige Aktualisierung unserer Internetseite in Vorbereitung. Auch eine neue Fensterfolierung des Büros befindet sich in Planung. Neben organisatorischen Fragen standen auch die kommunalpolitischen Entwicklungen im Mittelpunkt unserer Sitzungen. Regelmäßig berichteten Mitglieder aus Kreistag, Stadtverordnetenversammlung und Gemeindevertretung, unter anderem zu Haushalten, Schul- und Kitapolitik, Infrastruktur oder Energieprojekten. So bleiben wir als Regionalverband politisch nah dran und können regionale Themen aktiv begleiten. Die Vorstandssitzungen waren in den ersten Monaten naturgemäß stark organisatorisch geprägt. Schritt für Schritt konn-



Der Regionalvorstand: Max, Saskia, Benjamin und Nicole (v. l. n. r.)

ten wir jedoch viele Grundlagen klären und rücken nun stärker unsere eigentlichen Ziele in den Mittelpunkt: die Planung von Aktivitäten, Mitgliederaktivierung und politischen Austausch. Erste Ideen für neue Formate im Roten Treff liegen bereits vor und auch der Neujahrsbrunch am 18. anuar 2026 ist in Vorbereitung. Ein herzlicher Dank geht an alle Genossen und Genossinnen, die unsere Arbeit unterstützen, Sitzungen begleiten und Aktivitäten mitgestalten. Ohne euer Wissen, eure Zeit und eure tatkräftige Hilfe wäre vieles nicht möglich.

Vielen Dank an euch!

Benjamin Petzhold,
Mitglied des Regionalvorstandes

Gemeinsam für Selbstbestimmung

Warum wir gegen die Bezahlkarte sind und den Gutscheintausch unterstützen

Mit der Einführung der Bezahlkarte sollen Geflüchtete Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz künftig nicht mehr bar oder per Überweisung, sondern nur noch über eine Prepaid-Karte erhalten. Was als Digitalisierung verkauft wird, bedeutet in der Praxis erhebliche Einschränkungen. Die monatliche Barauszahlung ist stark begrenzt, viele alltägliche Ausgaben – vom Wochenmarkt bis zu kleinen Läden ohne Kartenterminal – sind damit nicht möglich. Überweisungen werden nur eingeschränkt genehmigt, oft nach komplizierten Einzelfallprüfungen. Die Folge: Menschen, die ohnehin wenig haben, verlieren zusätzlich Selbstbestimmung und Flexibilität im Alltag. Hinzu kommt, dass Betroffene mit der Karte schnell erkennbar sind. Das verstärkt Stigmatisierung und schafft neue Barrieren. Gleichzeitig verdienen private Unternehmen an der Umsetzung, während den Betroffenen die Freiheit genommen wird, über

ihr Existenzminimum selbst zu verfügen. Die Bezahlkarte ist damit weniger ein Unterstützungsinstrument als ein Kontrollmechanismus. Angesichts dieser Zustände ist klar: Wir müssen uns solidarisch zeigen. Eine konkrete und bewährte Praxis heißt: Gutscheintausch, der Geflüchteten wieder ein Stück Entscheidungsfreiheit zurückgibt. Wer mit der Bezahlkarte nur eingeschränkt zahlen kann, kauft damit im Supermarkt oder Drogerien Gutscheine und kann diese jeden Mittwoch von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr im Linkstreiff Luckenwalde gegen Bargeld tauschen. Menschen aus der Region nutzen die Gutscheine anschließend für ihren eigenen Einkauf. So entsteht ein fairer, praktischer Weg, die Einschränkungen der Bezahlkarte abzufedern und konkrete Hilfe zu leisten. Als Die Linke sagen wir klar: Die Bezahlkarte schafft neue Ungerechtigkeiten, entmündigt Menschen und erschwert gesellschaftliche Teilhabe. Statt Kontrolle braucht

es echte Lösungen – etwa den Zugang zu regulären Bankkonten und verlässliche Bargeldauszahlungen. Bis dahin bleibt der Gutscheintausch ein wichtiges Zeichen gelebter Solidarität. Wir laden alle ein, vorbeizukommen, zu unterstützen und gemeinsam dafür einzutreten, dass niemand durch bürokratische Hürden um seine Würde gebracht wird.

Wir fordern: Eine unkomplizierte, diskriminierungsfreie und soziale Teilhabe für alle – ob Geflüchtete oder Einheimische. Solidarität und gegenseitige Unterstützung jetzt und hier: Kommt zum Gutscheintausch!

Weitere Informationen:



nein-zur-bezahlkarte.de

Robert Kosin, Geschäftsführer des Kreisverbandes